

Bauindustrie fordert ideologiefreies Bauen

- **Neujahrsempfang des Bauindustrieverbandes Ost in Potsdam**
- **Branche kritisiert staatliche Überregulierung**

Der Bauindustrieverband Ost stimmte sich gemeinsam mit Vertretern aus Bauwirtschaft, Politik und Verwaltung am 9. Januar 2020 zum Neujahrsempfang in Potsdam auf das Baujahr 2020 ein.

Dabei bereitete den Unternehmen die politische Entwicklung Berlins Sorgen. Laut Verbandspräsident **Wolfgang Finck** laufe die Hauptstadt Gefahr, ein bewährtes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild aufzugeben. „Die Appelle der Wirtschaft verhalten in Gleichgültigkeit und politischer Ignoranz. Realpolitische Argumente und Mechanismen der Marktwirtschaft werden bewusst missachtet und Planwirtschaft und Sozialismus Vorschub geleistet“, kritisierte **Finck**.

Mehr denn je seien es Unternehmer ihrer Überzeugung und vor allem ihren Mitarbeitern und Kollegen schuldig, Kritik an staatlichen Eingriffen zu artikulieren und zu widersprechen, wo es nötig sei. Denn eine günstige Miete in einem verfallenden Gebäude nutze letztendlich niemandem.

Weit optimistischer blickten die Unternehmen allerdings auf das Land Brandenburg, das von den Fehlentwicklungen in Berlin profitieren könne. „Die neue Landesregierung hat sich viel vorgenommen und das ist gut so, denn Brandenburg möchte weiterhin wachsen und weiteres Potenzial entfalten“, betonte **Finck**. Die Ansiedlung von Tesla oder der boomende Wohnungsbau im Berliner Umland seien nur die ersten Früchte, die es zu ernten gelte.

Allerdings trage eine zunehmende Überregulierung und Politisierung des Bauens dazu bei, dass öffentliche Bauaufträge immer unattraktiver für die Unternehmen würden. Die anstehenden Novellierungen der Landesvergabegesetze in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt müssten von der Politik genutzt werden, um die dringend geforderte Entbürokratisierung für Unternehmen und Verwaltungen voranzubringen. „Um die vor uns liegenden großen Bauaufgaben zu lösen, muss es unser gemeinsames Ziel sein, die Attraktivität öffentlicher Ausschreibungen endlich wieder zu erhöhen. Gegenwärtig steht sich die öffentliche Hand dabei selbst im Weg“, kritisierte **Finck** abschließend.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 9. Januar 2020